

Bildungspolitik

Alina Felder

Die Bildungspolitik der EU soll vorwiegend zur sozialen Kohäsion und zur Steigerung der Mobilität Lernender und Lehrender beitragen. Gleichzeitig sind die Mitgliedstaaten bestrebt, den europäischen Bildungsraum mittels gemeinsamer Zielsetzungen Realität werden zu lassen. Während dafür bis 2025 Zeit eingeräumt ist, steht 2020 einigen bildungspolitischen Strategien und Programmen der EU ihr Ende bevor. In Vorbereitung auf die nächsten sieben Jahre wurden Programmzielsetzungen angepasst und Pilotmaßnahmen umgesetzt. Waren es zum Ende des vergangenen Sommers noch die ersten Europäischen Universitäten, denen im Bereich der europäischen Bildungspolitik die größte Aufmerksamkeit zuteil wurde, so stehen aktuelle Maßnahmen ganz im Zeichen der Krisenbewältigung. Letztere sind eng mit bis dato noch nicht abschließend geklärten Haushaltsfragen verbunden.

Neue Kommissarin mit neuem Ressortzuschnitt

Indem Ursula von der Leyens Europäische Kommission den Bereich der Bildung unter den Prioritätsbereich „Ein Europa für das Digitale Zeitalter“ fasst, währt die Vorstellung für diesen Politikbereich als Schlüssel für die europäische Wettbewerbsfähigkeit fort. Um lebenslanges Lernen, den Zugang zu hochwertiger Bildung und den Wechsel zwischen Bildungssystemen zu erleichtern, sollen nicht nur alle zur Verfügung stehenden Mittel zum Einsatz kommen, sondern auch ausgeweitet werden.¹ Die Strategische Agenda des Europäischen Rates spiegelt dies wider und nennt die Ausbildung der Menschen in Europa in einem Zug mit der Förderung von Unternehmertum und Innovation. Jenseits einem Mehr an Investitionen formuliert der Europäische Rat das Ziel, gegen die Fragmentierung von Forschung, Entwicklung und Innovation in Europa vorzugehen.²

Dass dieses Vorhaben in der bildungs- und forschungspolitischen Landschaft Europas nicht als selbstverständlich betrachtet wird, machte die Debatte um den Ressortzuschnitt der bulgarischen EU-Kommissarin Mariya Gabriel deutlich. Auf die Bekanntgabe, dass ihr das die Bereiche Forschung, Bildung, Kultur und Jugend umfassende Ressort fortan das Label „Innovation und Jugend“ trage, erfolgte einerseits Lob. Der Hochschulrektorenkonferenz zufolge würde so die Komplexität der Aufgaben von Hochschulen sichtbarer. Europäische Hochschulinteressenverbände hoben außerdem das Moment für langjährige Synergiebestrebungen zwischen unterschiedlichen Bildungsbereichen und -trägern hervor. Andererseits wurden beispielsweise im Bundesministerium für Bildung und Forschung Befürchtungen laut, dass ohne die explizite Erwähnung der Bereiche Bildung und Forschung deren Bedeutung im Wissensdreieck schwindet.³ Im Zuge dieser Auseinandersetzung wurde Gabriels Aufgabenbereich zwei Monate nach der ersten Bekanntgabe im

1 Ursula von der Leyen: Eine Union, die mehr erreichen will. Meine Agenda für Europa. Politische Leitlinien der Kommission 2019-2024, Brüssel, 9.10.2019.

2 Europäischer Rat: Eine neue Strategische Agenda 2019-2024, Pressemitteilung, Brüssel, 20.7.2019, abrufbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2019/06/20/a-new-strategic-agenda-2019-2024/> (letzter Zugriff: 10.9.2020).

November 2019 auf „Forschung, Innovation, Bildung, Kultur und Jugend“ abgeändert. Von der Leyens „Mission Letter“ an die designierte Kommissarin änderte sich dadurch nicht. Er spiegelt die wesentlichen Leitlinien der bisherigen EU-Bildungspolitik wider: Zusätzlichkeit und Ausrichtung auf übergreifende Strategien zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit in der EU.⁴

Durch die seit 1999 erstmalige Zusammenfassung der Bereiche Bildung und Forschung unter einer Kommissarin ist Gabriels Portfolio mit einem Budget von 124 Mrd. Euro nun der drittgrößte Posten im EU-Haushalt, gefolgt von der Landwirtschafts- und Regionalpolitik. Die vom Europäischen Rat vertretenen Kürzungen für EU-Bildungsprogramme erscheinen mit der revidierten Fassung des mehrjährigen Finanzrahmens, die im Mai 2020 gemeinsam mit dem Notfallinstrument „Next Generation EU“ von der Europäischen Kommission vorgeschlagen wurde, in weiter Ferne. So hätte die noch im Februar 2020 vertretene Position des Europäischen Rates eine 20-prozentige Kürzung des Kommissions- beziehungsweise einen 48-prozentigen Einschnitt des Parlamentsvorschlages für Erasmus+ bedeutet.⁵

Mit dem aktuellen Vorschlag von rund 28 Mrd. Euro stehen zwar Kürzungen bevor, deren Umfang beträgt jedoch nur 2 Mrd. Euro des ursprünglichen Vorschlages der Europäischen Kommission von Mai 2018. Wird der Haushaltsvorschlag Ende Juni 2020 angenommen, erhöht sich die finanzielle Ausstattung von Erasmus+ im Vergleich zur endenden Programmperiode (2014–2020) signifikant. Obwohl die von Abgeordneten des Europäischen Parlaments gewünschte Verdreifachung der Mittel vom Tisch ist, können nun doch die beiden im letzten Jahr unter Erasmus+ gestarteten Pilotprojekte der Europäischen Universitäten und DiscoverEU in der neuen Programmphase ab 2021 verstetigt werden. Während das mit 700 Mio. Euro ausgestattete Projekt DiscoverEU 18-Jährigen kostenfreie Reisen durch die EU ermöglichen wird, sollen die Europäischen Universitäten in der Umsetzung von Initiativen wie dem Europäischen Studierendenausweis mit gutem Beispiel für die Verwirklichung des Europäischen Bildungsraums vorangehen.⁶

Im Spannungsfeld aus Kohäsion und Exzellenz

Bereits vor Überarbeitung des Haushaltsvorschlags standen Bildung und Ausbildung als Prioritäten der Kohäsionspolitik und somit des Europäischen Sozialfonds nach 2020 fest. Die ursprünglich vorgesehenen 102,2 Mrd. Euro Investitionen in diese Bereiche durch den Europäischen Sozialfonds ESF+ (2021–2027) werden einerseits von der 55 Mrd. Euro hohen Mehrausstattung für die Kohäsionspolitik profitieren. Andererseits sollen nun 15 Prozent des ESF+ jungen Menschen zwischen 15 und 29 Jahren in den Mitgliedstaaten mit Beschäftigungs- und Ausbildungsdaten unter dem EU-Durchschnitt zugutekommen.⁷

3 Katrin Schermund: EU künftig ohne eigenen Kommissar für Forschung, in: *Forschung & Lehre*, 13.9.2019, abrufbar unter: <https://www.forschung-und-lehre.de/politik/eu-kuenftig-ohne-eigenen-kommissar-fuer-forschung-2118/> (letzter Zugriff: 16.7.2020).

4 Ursula von der Leyen: *Mission Letter*. Mariya Gabriel. Commissioner for Innovation, Research, Culture, Education and Youth, Brüssel, 10.9.2019.

5 Europäisches Parlament: *Legislative Train 06.2020*. MFF - ERASMUS The Union Programme for Education, Training, Youth and Sport, abrufbar unter: <https://www.europarl.europa.eu/legislative-train/api/stages/report/current/theme/new-boost-for-jobs-growth-and-investment/file/mff-erasmus> (letzter Zugriff: 10.9.2020).

6 Europäische Kommission: *Pressemitteilung: First 17 “European Universities” selected: a major step towards building a European Education Area*, 26.6.2019, IP/19/3389.

Vor der aktuellen Krise einigten sich die Mitgliedstaaten im Rahmen der bildungspolitischen Koordinierung in und durch die EU im Februar 2020 auf eine Fortführung des strategischen Rahmens „Education and Training 2020“ (ET 2020).⁸ Mit der Ausrichtung jenes strategischen Rahmens auf den Europäischen Green Deal wird der Weg europäischer bildungspolitischer Vorhaben hin zu einer Querschnittspolitik weiter beschritten. In Antwort auf die durch die Covid-19-Pandemie ausgelöste Krise steht sie unter dem Gebot, zu einem grünen, digitalen und resilienten Europa beizutragen.

Dadurch erweisen sich die bildungspolitischen Maßnahmen der EU zunehmend als durch ein Spannungsfeld aus Kohäsion und Exzellenz gekennzeichnet. Während jenseits des ESF auch die Instrumente zur Steigerung von Mobilität bisher dem Zusammenhalt in der EU verschrieben waren, so offenbart insbesondere die Initiative zur Etablierung von Europäischen Universitäten eine Logik von Exzellenz, wie sie in der EU-Forschungsförderung zugegen ist.⁹ Während aus der ersten Ausschreibung 17 Allianzen mit 114 Hochschuleinrichtungen aus 24 Staaten resultierten, wurden mit Deutschland und Frankreich in bisher zwei Mitgliedstaaten nationale Begleitprogramme etabliert, um einerseits das sehr geringe Budget von fünf Mio. Euro pro Allianz aufzustocken und andererseits diejenigen Projekte zu unterstützen, die bis auf eine Bestplatzierung keine EU-Förderung erhalten konnten.¹⁰ Letztere sollen auch mit Blick auf die hohe Anzahl von 54 Bewerbungen im Rahmen der ersten Ausscheidungsrunde für Folgeausschreibungen gestärkt werden. Ob dies gelungen ist, wird sich nach Ergebnisbekanntgabe der im Februar 2020 geendeten zweiten Ausschreibung zeigen.

Bildung in und Lernen aus der Krise

Mit dem seit April 2020 monatlich erscheinenden Newsletter bringt Mariya Gabriel alle Interessierten auf den neuesten Stand des Blumenstraußes, den ihre Generaldirektionen zusammenstellen. Diese neue Regelmäßigkeit des Informationsflusses zur EU-Bildungspolitik kennzeichnet nicht nur die Arbeit der Europäischen Kommission, sondern auch des Rates der EU, der sich seit Beginn der Krise bedingt durch die Covid-19-Pandemie bereits in drei Video-Konferenzen in der Konstellation der Bildungsminister und Bildungsministerinnen der Mitgliedstaaten zusammengefunden hat, um sich zu Themen rund um Schulschließungen und digitale Unterrichtsmethoden auszutauschen.¹¹ Im Rahmen der letzten Konferenz in diesem Format wurde die Stärkung des Dreiklangs aus Bildung, Forschung und Innovation während der EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands im zweiten Halbjahr 2020 betont, wobei der Europäische Forschungsraum gestärkt werden soll und insbesondere in den Bereichen Resilienzforschung und digitale Bildung Impulse geplant sind.¹²

7 Europäische Kommission: Factsheet: Reinforcing EU Social Funds to help recover from the crisis. European Social Funds, 27.5.2020, abrufbar unter: https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/reinforcing_eu_social_funds_en_28may.pdf (letzter Zugriff: 29.7.2020).

8 Rat der Europäischen Union: The post-2020 strategic framework for European cooperation in education and training. Information from the Presidency, 20.2.2020, Dok. 5533/20.

9 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Forschungs-, Technologie und Telekommunikationspolitik“ in diesem Jahrbuch.

10 Deutscher Akademischer Austauschdienst: Mehr Zusammenhalt in Europa. DAAD unterstützt die Europäischen Hochschulnetzwerke, Pressemitteilung, Bonn, 16.1.2020.

11 EU2020HR: EU education ministers discussed the implications of the COVID-19 outbreak on education and training, 12.3.2020, abrufbar unter: <https://eu2020.hr/Home/OneNews?id=211> (letzter Zugriff: 10.9.2020); EU2020HR: Education ministers discussed the challenges of the distance learning, 14.4.2020, abrufbar unter: <https://eu2020.hr/Home/OneNews?id=243> (letzter Zugriff: 10.9.2020).

Während die durch die Krise erheblich betroffene Studierendenmobilität derzeit mit mehr Flexibilität für nationale Agenturen umgesetzt wird, steht ihre Zukunft im Kontext des britischen Austritts aus der EU noch aus. Neben anderen Manifestationen von Nationalismen in Europa hat der britische Austritt dazu beigetragen, dass junge Menschen und ihre Bildung nicht nur als Träger der europäischen Wirtschaft, sondern auch der EU als solche stärker ins Licht gerückt werden.¹³ Wie jenseits der Europäischen Universitäten die europäische Identität gestärkt werden soll, wurde am diesjährigen Europatag mit der Verleihung des Ende 2019 etablierten Jan-Amos-Comenius-Preises deutlich gemacht. In ihrem Rahmen wurden Preisgelder von jeweils 8.000 Euro an insgesamt 22 Sekundarschulen aus 22 Mitgliedstaaten, die sich durch innovative EU-Wissensvermittlung auszeichnen, überreicht. Die an einem symbolträchtigen Tag gekürten Gewinner sollen in der Vermittlung von Wissen über die EU als Vorbilder dienen.¹⁴ Nicht zuletzt wäre die Konferenz zur Zukunft Europas ebenso eine Chance für die Bildung über die EU gewesen. Mit deren Aufschub bedingt durch die Pandemie bleibt diese bisher ungenutzt.¹⁵

Weiterführende Literatur

- Dorota Dakowska: Higher Education Policy in the European Union, in: Dorota Dakowska (Hrsg.): Oxford Research Encyclopedia of Politics, Oxford 2019, abrufbar unter: <https://oxfordre.com/politics/view/10.1093/acrefore/9780190228637.001.0001/acrefore-9780190228637-e-1480?rskey=DJ6CzZ&result=1> (letzter Zugriff: 12.10.2020).
- Martina Vukasovic/Julie M. Birkholz/Jelena Brankovic: Is the Europe of Knowledge the talk of the town? Exploring how members of the European Parliament refer to higher education, in: European Journal of Education, 1/2019, S. 103-116.

-
- 12 Bundesministerium für Bildung und Forschung: Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020, abrufbar unter: <https://www.bmbf.de/de/eu-ratspraesidentschaft-11615.html> (letzter Zugriff: 29.7.2020).
 - 13 Donald Gillies: Learning to Make Money: 21st Century EU Education Policy, in: On Education. Journal for Research and Debate 2/2019, abrufbar unter: https://www.oneducation.net/no-06_december-2019/learning-to-make-money-21st-century-eu-education-policy/ (letzter Zugriff: 29.7.2020).
 - 14 Europäische Kommission: Erwerb von Kenntnissen über die Europäische Union – 22 Schulen mit dem Jan-Amos-Comenius-Preis ausgezeichnet, abrufbar unter: https://ec.europa.eu/education/news/jan-amos-comenius-prize-winners-announced_de (letzter Zugriff: 16.6.2020).
 - 15 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Konferenz zur Zukunft Europas“ in diesem Jahrbuch.